

14.09.2020

Eilantrag

der Fraktion der SPD

Soforthilfe für Moria - Laschet muss seiner Reise Taten folgen lassen

I. Ausgangslage

Das griechische Flüchtlingslager Moria wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. September durch einen Großbrand nahezu vollständig zerstört. Die Lage für die Menschen vor Ort ist dramatisch. Bis zu 13.000 Menschen, darunter 4.000 Kinder, haben über Nacht erneut all ihr Hab und Gut verloren. Unter den Betroffenen sind auch besonders vulnerable Gruppen wie Familien mit Kindern, schwangere Frauen, Alleinreisende, unbegleitete minderjährige Kinder, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Bereits vor dem Großbrand war die Situation im Flüchtlingslager katastrophal. Das auf lediglich 2.600 - 3.000 Personen ausgerichtete Lager, beherbergte zuletzt bis zu 13.000 Menschen auf engstem Raum und unter unwürdigen Bedingungen. Es herrscht ein großer Mangel an medizinischer Grundversorgung, an sanitären Anlagen und der Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Nahrungsmitteln.

Im März dieses Jahres gab es eine erste Initiative von Seiten der Bundesregierung, die Lage auf den griechischen Auffanglagern zu entlasten. Die Bundesregierung hat im Rahmen einer europäischen Lösung die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zugesagt. Im Zuge dieser Erklärung sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf mehrere europäische Staaten verteilt worden. Deutschland hatte sich in einem ersten Schritt an der Verteilung der minderjährigen Geflüchteten beteiligt. Die Zahlen liegen allerdings weit hinter den von der Bundesregierung bisher zugesagten 1.000 Menschen, die aus den griechischen Auffanglagern aufgenommen werden sollten, zurück. Auch steht eine europäische Gemeinschaftslösung weiter aus.

Ministerpräsident Laschet und Minister Stamp sind Anfang August nach Lesbos gereist, um sich vor Ort einen Eindruck von der Lage im Camp Moria zu verschaffen. Zurück in NRW betonten beide, dass sie Lösungsvorschläge und konkrete Maßnahmen unterbreiten wollten. Bisher sind diesen Worten keine Taten gefolgt.

In NRW und deutschlandweit haben sich unter der Initiative „Sichere Häfen“ der Organisation Seebrücke mehrere Städte und Gemeinden bereit erklärt, Geflüchtete aus den griechischen Aufnahmelagern aufzunehmen. Die Städte und Gemeinden haben konkrete Zahlen über ihre Aufnahmekapazitäten vorgelegt. Diese Aufnahmebereitschaft und die vorhandenen Kapazitäten müssen in einen schnellen bundes- und landesweiten Aufnahmeprozess eingebunden werden.

Datum des Originals: 14.09.2020/Ausgegeben: 14.09.2020

Die besondere Dringlichkeit ergibt sich aus der akuten Situation der Betroffenen auf Lesbos, die aufgrund des Großbrandes und der Zerstörung des Camps Moria der Obdachlosigkeit ausgeliefert sind. Zur akuten humanitären Hilfeleistung und langfristigen Entlastung Griechenlands auf den Inseln bedarf es so schnell wie möglich konkreter Lösungen. Ein Beschluss des Landtags NRW im Oktoberplenium wird der Notlage der Menschen auf Lesbos nicht gerecht und ist zu spät. NRW muss sich auch in der Sitzung des Bundesrates am 18. September 2020 für eine schnelle und humanitäre Lösung einsetzen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. auf Bundesebene Sofortmaßnahmen zu unterstützen, die die Geflüchteten und die griechische Regierung unmittelbar mit humanitärer und technischer Hilfe versorgt sowie die Versorgung der Corona-Fälle beinhaltet.
2. sich für eine unmittelbare Evakuierung von Moria einzusetzen. Unter den Geflüchteten befinden sich vulnerable Gruppen, unbegleitete Minderjährige Kinder, Familien mit Kindern und ältere Menschen, die besonders gefährdet sind. Die chaotische und unkoordinierte Lage vor Ort muss umgehend durch ein gesteuertes Krisenmanagement abgelöst werden.
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung ein sofortiges Bundesaufnahmeprogramm auf den Weg bringt, so dass die Länder, Städte und Gemeinden, die bereits ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben, zeitnah Geflüchtete aufnehmen können.
4. ein Landesaufnahmeprogramm zu entwickeln, indem die Städte und Gemeinden in NRW, die sich unter der Initiative „Sichere Häfen“ für eine Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Inseln bereit erklärt haben, in den bevorstehenden Aufnahmeprozess eingebunden werden.
5. wenn eine schnelle bundesweite Lösung nicht möglich ist, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung den Ländern und Kommunen den Weg zu einer Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Inseln frei gibt.
6. so schnell wie möglich eine Bundesratsinitiative einzubringen, um eine gemeinsame bundesweite Linie zu erzielen und den Bundesinnenminister zum Handeln zu bewegen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Ibrahim Yetim

und Fraktion